CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
FDP-Fraktion
Fraktion Die Linke

Drucksache 3313/2020-2025

Herrn Oberbürgermeister
Pit Clausen
Im Hause

03.02.2022

**Antrag zu TOP 6 der Ratssitzung am 10.02.2022
„Fortsetzung der coronabedingten Hilfsangebote im Jahr 2022“**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zu TOP 6 der Ratssitzung am 10.02.2022 stellen wir folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die Fortsetzung der in 2021 beschlossenen coronabedingten Hilfsangebote auch für das Jahr 2022 laut Anlage 1 des Antrags.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

gez.

Ralf Nettelstroth
CDU-Fraktion

Prof.Dr. Riza Öztürk
SPD-Fraktion

Jens Julkowski-Keppler
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Jasmin Wahl-Schwentker
FDP-Fraktion

Bernd Vollmer
Die Linke-Fraktion

**Anlage 1 zum gemeinsamen Ratsantrag
„Fortsetzung der coronabedingten Hilfsangebote im Jahr 2022“**

Folgende Hilfsangebote sollen auch im Jahr 2022 gewährleistet werden:

Aussetzung der Vergnügungssteuer für Tanzveranstaltungen	300.000 €
Mindererträge Vergnügungssteuer durch Änderungen	100.000 €
Schulgeldausfall MuKu wegen Erstattungen und Sonderkündigungen	50.000 €
Sonderfond Kultur	150.000 €
Unterstützung Schullandheime bei Bedarf	30.000 €
Mehraufwand Hygiene in Schulen	85.000 €
Ankommen und Aufholen in Schulen/Eigenanteil	18.200 €
Zusätzliche Reinigung in Schulen	39.000 €
Schwimmkurse (Anfängerschwimmen)	15.000 €
Verzicht auf die Erhebung der Entsorgungskosten bei der (Ersatz-) Kirmes „BIE HAPPY“	1.400 €
Verzicht Sondernutzungsgebühren Außengastronomie	170.000 €
Verzicht Sondernutzung Warenauslagen, Dachaufsteller	235.000 €
Verzicht Gebühren Kirmesse	12.000 €
Verzicht auf (bzw. ab 10/2021 Reduzierung der) Stellplatzmieten der Altkleidercontainer auf Grund wegbrechender Absatzmärkte	20.000 €
(Teil-)Erlasse Mieten und Pachten in städt. Liegenschaften im begr. Einzelfall	23.000 €
Stundungen Mieten und Pachten in städt. Liegenschaften im begr. Einzelfall	24.000 €
Bändchen für Zutritt Einzelhandel	50.000 €
Soforthilfen für gemeinnützige Vereine	150.000 €
Verzicht auf die Erhöhung der Benutzungsgebühren für Wochenmärkte	40.000 €